



Die Nachdenkpause

Die Behandlung des Wahlgesetzes wurde gestern bis Oktober ausgesetzt. Die SVP will sich in den nächsten Wochen mit der Opposition zusammensetzen und versuchen zu einem Kompromiss zu kommen. Ein schwieriges Unterfangen, denn über allem schwebt das Damoklesschwert Volksbefragung.

von Christoph Franceschini

Walter Baumgartner wiederholt es fast schon gebetsmühlenartig. „Wir sind natürlich zu Kompromissen bereit“, sagt der SVP-Fraktions-sprecher im Landtag, „wie weit man gehen wird, werden wir sehen“. Die Opposition ist geschlossen. „Jetzt ist die Volkspartei an der Reihe zu sagen, welchen Kompromiss sie anbietet“, meint die Grüne Cristina Kury. Unionsmandatar Andreas Pöder will davon nichts wissen: „Das Verhandlungsangebot kommt zu spät“. Es ist das Stimmungsbild einer verfahrenen Situation um den SVP-Vorschlag zum neuen Landtagswahlgesetz.

Ich bin mir nicht sicher, ob es überhaupt ein neues Gesetz geben wird“, lässt AN-Chef Alessandro Urzì seinen Befürchtungen freien Lauf. Hat man die bisherige Landtagsdebatte zum neuen Wahlgesetz verfolgt, kann man diese Sicht der Dinge durchaus teilen. Denn es dauerte keine einhalb Sitzungstage bis man sozusagen im sprachlosen Raum angelangt war.

Die Generaldebatte war eine Einbahnstraße. Alle Oppositionsparteien liefen dabei gegen den Vorschlag von Walter Baumgartner Sturm. Zudem hat man 1.300 Abänderungsanträge eingebracht. Weil jeder Einbringer das Recht hat pro Antrag 15 Minuten zu reden, kann man damit wenn nötig, die Behandlung über Monate verzögern.

Walter Baumgartner wettet zwar gegen diese Obstruktionspolitik, weil für die Abstimmung zu Wahlgesetz aber die alte Geschäftsord-



Generaldebatte zum Wahlgesetz gestern im Landtag: Damoklesschwert über jeden Kompromiss

nung des Landtages gilt, ist sie für die Oppositionsparteien absolut zulässig. Die SVP steht damit, will sie ein neues Wahlgesetz, das bei den Landtagswahlen 2008 gilt, mit dem Rücken zur Wand.

In dieser Situation hat Walter Baumgartner gestern die Notbremse gezogen. Der SVP-Fraktions-sprecher schlug eine Aussetzung der Arbeiten vor, um den Oktober für Verhandlungen zu nutzen. „Wir werden uns mit der Opposition an einen Tisch setzen“, meint Baumgartner, „und sehen, wie wir uns einigen können“.

Ein schwieriges Unterfangen. Hat man in der Generaldebatte doch eindeutig gesehen, dass die Kritikpunkte nicht nur mannigfaltig, sondern von Partei zu Partei auch sehr unterschiedlich sind. So sprechen sich „Forza Italia“ und „Unita-

lia“ zum Beispiel gegen die Frauenquote aus, während der SVP-Vorschlag den Grünen zu wenig weit geht. In den zentralen Punkten herrscht innerhalb der Opposition aber Einigkeit: die freiwillige Unvereinbarkeit und die Wahlhürde müssen weg und eine Beschränkung der Wahlkampfkosten muss ins Gesetz. Damit greift man aber die Kernpunkte des Baumgartner-Entwurfs an. Kippt man diese Mechanismen, bleibt vom neuen Wahlgesetz nicht mehr viel übrig. Außer einigen technischen Neuerungen. Die Opposition geht aber davon aus, dass man sowohl bei der Abschaffung der geplanten freiwilligen Unvereinbarkeiten, wie auch bei der Einführung einer Wahlkampfkostenbeschränkung innerhalb der SVP-Fraktion gar einige Verbündete hat. Und die SVP-Fraktion wird vorab über einen Kompromissvorschlag entscheiden müssen. Vor allem aber steht die Volkspartei vor einen po-

litischen Problem. Sie muss nicht nur eine Mehrheit für das Wahlgesetz finden, sondern eine breite Mehrheit. Denn mit der Verfassungsreform von 2001 wurde in das Autonomiestatut ein Passus eingefügt, der jetzt zum ersten Mal zum Tragen kommt. Wird das Wahlgesetz nicht mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit vom Landtag verabschiedet, können innerhalb von drei Monaten ein Fünftel der Wahlberechtigten (rund 7.600 Bürger) oder ein Fünftel der Landtagsabgeordneten eine Volksbefragung zum Gesetz beantragen.

Ein Fünftel des Landtages sind sieben Landtagsabgeordnete. Boxt die SVP einen Entwurf durch, wird die Opposition diese sieben Abgeordneten auf jeden Fall zusammenbringen.

Mit diesem Schwert im Rücken wird Walter Baumgartner in den nächsten Wochen die Verhandlungen führen müssen.

Family Support

Supernanny in der Wirklichkeit

„Liebevoller Erziehung braucht liebevolle Beziehung“ unter diesem Motto stand ein Lehrgang der gestern offiziell abgeschlossen wurde. Die Landtagsabgeordnete Martina Ladurner und Lehrgangsleiterin Manuela Oberlechner überreichten gestern an sechs Personen ihr Diplom als „Family Support Trainer/in für Liebevoller Beziehung“. Im Mittelpunkt der Ausbildung steht die liebevolle Beziehung und befähigt die neuen Trainer/innen, Kurse für Paare abzuhalten. Im November startet aufgrund der großen Nachfrage ein weiterer Lehrgang im Bildungshaus Kloster Neustift. Leiterin des Lehr-



Martina Ladurner mit Lehrgangsleiterin und Absolventinnen: Unterstützung für Familien

gangs ist die Psychologin Manuela Oberlechner, Begründerin von „Family Support“ aus Kufstein. Sie begleitete die sechs ausgewählten Kandidaten/innen durch den Ausbildungslehrgang, in dem unter anderem Fachwissen zu Entwicklungspsychologie und Gesprächsführung erarbeitet wurden. „Die Trainerinnen werden eine wichtige Unterstützung für die Familien sein“, betonte Landtagsabgeordnete Martina Ladurner, Patin von Family Support.